

# Besser als sein Ruf

**Italien.** Trotz seiner jüngsten Reformpläne bleibt das Land im Visier der Finanzmärkte – für die zuletzt versteigerten Staatsanleihen muss Rom Rekordzinsen von mehr als 6 Prozent zahlen. Zwar sind die hohen Schulden und das geringe Wirtschaftswachstum nicht gerade vertrauenerweckend. Doch verglichen mit den anderen Euro-Krisenstaaten steht Italien noch recht gut da.

Silvio Berlusconi musste „liefern“ – und hat als Reaktion auf die harsche Kritik der europäischen Partner an Italiens Wirtschafts- und Finanz-

politik beim jüngsten Krisengipfel der Europäischen Union in Brüssel ein umfangreiches Reformpaket angekündigt.

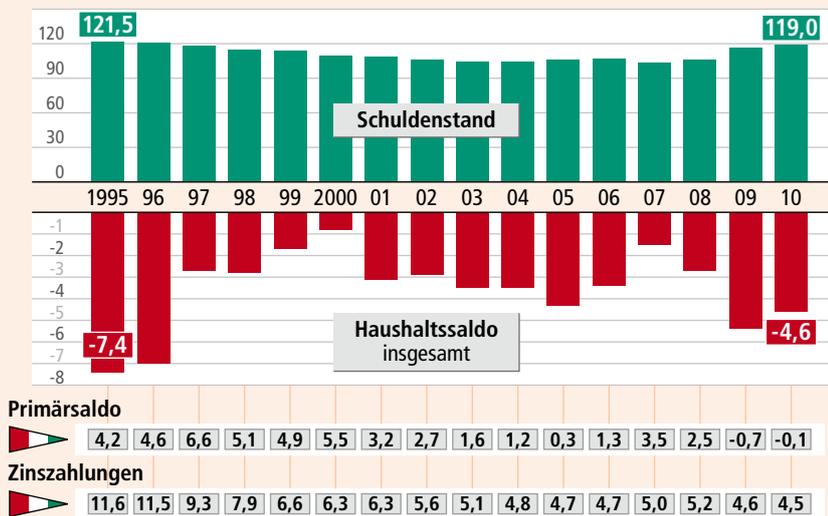
So will die italienische Regierung bereits im Jahr 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und zudem unter anderem bürokratische Vorschriften abbauen, die lokalen Dienste sowie die Versorgungswirtschaft liberalisieren, die Arbeitslosenversicherung vereinheitlichen und reformieren und nicht zuletzt das Renteneintrittsalter bis 2026 auf 67 Jahre anheben.

Des Weiteren hat sich Italien verpflichtet, zum Beispiel Programme im Bildungs-, Beschäftigungs- und Verkehrsinfrastrukturbereich, die aus den Töpfen der EU-Strukturfonds finanziert werden, zu überprüfen. All diese Maßnahmen sollen die Bedingungen für künftiges Wirtschaftswachstum verbessern.

Ob aus diesen Absichtserklärungen konkrete Politik wird, bleibt abzuwarten; auch wie das bereits im Sommer 2011 von der Regierung in Rom präsentierte Sparprogramm umgesetzt werden soll, ist noch ziemlich offen. Deshalb werden EU und IWF die Reformfortschritte streng überwachen. →

## Italien: Rückschlag beim Schuldenabbau

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Primärsaldo: Haushaltssaldo, wenn man die Zinsen außen vor lässt  
Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 45

## Inhalt

**Ostdeutschland:** Die Abwanderungswelle läuft aus – Berlin, Dresden und Leipzig sind vor allem bei jungen Leuten sehr beliebt.  
Seite 3

**Immobilienmarkt:** Ausgerechnet die neuen Bankenvorschriften Basel III könnten die Stabilität des deutschen Wohnungsmarktes gefährden.  
Seite 4-5

**Schulstruktur:** Allen Debatten zum Trotz dürfte der demografische Wandel dazu führen, dass die meisten Bundesländer auf ein zweigliedriges Schulsystem zusteuern.  
Seite 6-7

**Spenden:** Die großen TV-Spendengalas werden für die Wohltätigkeitsbranche immer wichtiger. Im Jahr 2010 zeigten sich die Deutschen spendabler als in den Vorjahren.  
Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

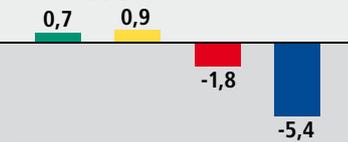


## Italien: Der Krisen-Beste



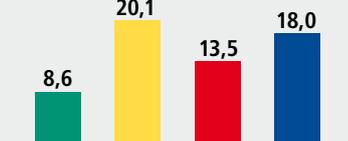
### Reales Bruttoinlandsprodukt (2011)

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



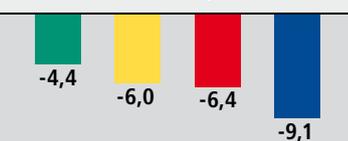
### Arbeitslosenquote (2011)

in Prozent



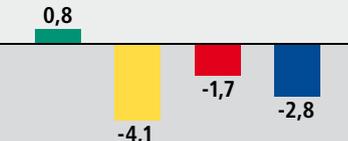
### Haushaltssaldo (2011)

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



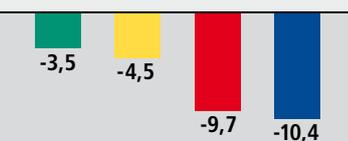
### Primärsaldo (2011)

in Prozent des BIP



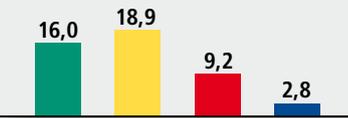
### Leistungsbilanzsaldo (2010)

in Prozent des BIP



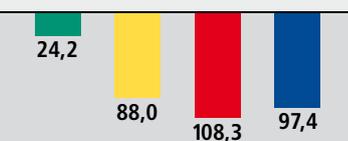
### Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis (2010)

in Prozent des BIP



### Nettoauslandsverschuldung (2010)

in Prozent des BIP



2011: Prognose; Primärsaldo: Haushaltssaldo ohne Zinszahlungen; Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis: Ersparnis der privaten Haushalte und des Staates sowie Rückstellungen der Unternehmen, Daten für Spanien und Griechenland von 2009  
 Ursprungsdaten: Europäische Kommission, Eurostat, Herbstgutachten der staatlich beauftragten Wirtschaftsforschungsinstitute, OECD

→ Klar ist in jedem Fall, dass in Bella Italia einiges passieren muss, um die Wirtschaft wieder auf Vordermann zu bringen. Denn die Finanz- und Konjunkturlage ist nicht gerade rosig:

- **Staatsfinanzen.** Italien hat auf seinen ohnehin gewaltigen Schuldenberg zuletzt noch mal einiges draufgepackt (Grafik Seite 1):

**Im vergangenen Jahr stieg die Verschuldung des italienischen Staates von 116 auf 119 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das sind deutlich mehr als 2 Billionen Euro.**

In diesem Jahr dürfte die 120-Prozent-Marke übersprungen werden – Italiens Schuldenstand ist damit nach dem griechischen der zweithöchste aller Euroländer.

Doch Italien hat es schon einmal geschafft, seine Verschuldung zu drücken – von 122 Prozent der Wirtschaftsleistung Mitte der 1990er Jahre auf 104 Prozent im Jahr 2007. Dies gelang, weil Italiens Staatshaushalt regelmäßig hohe Primärüberschüsse verbuchte – das um die Zinszahlungen bereinigte Budget schloss also Jahr für Jahr deutlich im Plus. Doch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise machte die Fortschritte abrupt zunichte.

- **Wirtschaftswachstum.** Der italienischen Volkswirtschaft fehlt es seit Jahren an Schwung.

**Von 2000 bis 2010 legte das BIP im Jahresdurchschnitt nur um 0,2 Prozent zu – das war das schwächste Wachstum aller Industrieländer.**

Vorausgesetzt, die Regierung nimmt die Reformen nun endlich in Angriff, sind die Perspektiven allerdings nicht ganz so trübe, wie manche Skeptiker meinen.

Dies zeigt auch ein Vergleich mit den anderen Problemkindern der Eurozone (Grafik). So wird der ita-

lienische Haushalt zwar in diesem Jahr erneut rote Zahlen schreiben – mit gut 4 Prozent des BIP ist zu rechnen. Das Minus ist aber bedeutend kleiner als die Defizite in Spanien, Portugal und Griechenland. Rechnet man zudem die Zinsen heraus, die Italien auf seine bestehenden Schulden zahlen muss, bleibt sogar ein Budgetüberschuss von fast 1 Prozent der Wirtschaftsleistung übrig. Die Italiener profitieren nicht zuletzt davon, dass sie in der internationalen Finanzkrise des Jahres 2008 keine teuren Konjunkturpakete geschnürt haben.

Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich Italien nicht mit allen anderen Krisenstaaten in einen Topf stecken.

**Laut Herbstgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute dürfen die Italiener in diesem Jahr auf ein BIP-Plus von 0,7 Prozent hoffen.**

Portugal und vor allem Griechenland stecken dagegen weiterhin tief in der Rezession.

Auf dem Arbeitsmarkt sieht es zwischen Mailand und Messina ebenfalls vergleichsweise gut aus – im Gegensatz zu Spanien und Griechenland, wo derzeit etwa jeder Fünfte ohne Job ist.

**In Italien wird die Arbeitslosenquote 2011 voraussichtlich unter 9 Prozent bleiben.**

Die italienischen Unternehmen sind zudem auf den Auslandsmärkten nach wie vor recht gut im Geschäft – deshalb fiel das Leistungsbilanzdefizit mit minus 3,5 Prozent im vergangenen Jahr relativ moderat aus. Dahinter steckt aber auch, dass die Italiener insgesamt viel sparen und sich deshalb bislang nur in geringem Maße im Ausland verschuldet haben.

# Auch Dresden und Leipzig sind hip

**Ostdeutschland.** Die Abwanderungswelle aus den neuen Ländern läuft aus. Großstädte wie Berlin, Dresden und Leipzig sind beliebt wie schon lange nicht mehr – vor allem bei jungen Leuten.

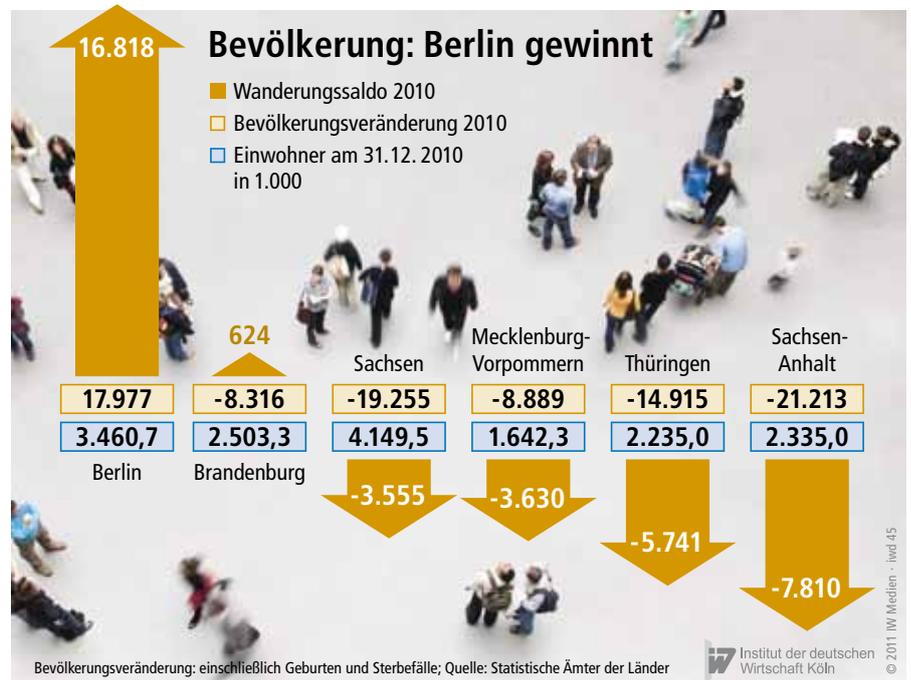
In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 fiel die Berliner Mauer und in den folgenden 20 Jahren, konkret seit 1991, haben unterm Strich rund 1 Million Menschen Ostdeutschland verlassen. Noch im Jahr 2010 wanderten aus den fünf Flächenländern zwischen Ostsee und Erzgebirge per saldo 20.000 Personen ab. Viele hatten es beim Umzug allerdings nicht weit, sie gingen nach Berlin (Grafik).

Auch aus dem Westen Deutschlands – vor allem aus NRW – strömen neuerdings Tausende in die Hauptstadt. Schlägt man Berlin vollständig dem Osten zu, kamen 2010 fast genauso viele Menschen in den Osten wie ihn verließen.

Im laufenden Jahr dürfte sich die Wanderungsbilanz Ostdeutschlands noch einmal verbessern, denn der ehemals wichtigste Grund, die neuen Länder mit Sack und Pack zu verlassen, hat zuletzt an Bedeutung verloren: die Arbeitslosigkeit.

**In Sachsen und Brandenburg etwa waren im Oktober 2011 weniger als 10 Prozent der Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren ohne Job. In Thüringen betrug die Arbeitslosenquote sogar weniger als 8 Prozent.**

Spiegelbildlich dazu werden im Osten auch allmählich die Fachkräfte knapp. Weil überdies viele ältere Menschen demnächst in Rente gehen, dürfte die Zahl der Arbeitskräf-



te bis zum Ende des Jahrzehnts um etwa 1 Prozent pro Jahr schrumpfen. Schulabgänger und Uniabsolventen müssen also nicht mehr gen Westen blicken, um einen Ausbildungsplatz oder ein gutes Jobangebot zu finden.

Dass die ostdeutsche Bevölkerung trotz der nahezu gestoppten Abwanderung nach wie vor stark schrumpft, ist der Baby-Baisse in den 1990er Jahren geschuldet. Und an den niedrigen Geburtenziffern wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Denn die Gruppe der potenziellen Eltern – also der 20- bis 40-Jährigen – ist in den Ostländern äußerst schwach besetzt. Dass die Geburtenrate dort mit 1,4 Kindern je Frau inzwischen sogar etwas höher ist als im Westen, fällt daher kaum ins Gewicht.

Die Großstädte in Ostdeutschland können indes nicht über mangelnde Attraktivität klagen:

**Berlin** verzeichnete 2010 rund 18.000 zusätzliche Einwohner. In einigen angesagten Kiezen wie dem

Prenzlauer Berg prägen inzwischen Mütter mit Kinderwagen das Straßenbild.

**Dresden und Leipzig** wachsen ebenfalls – dank zwei Universitäten und zehn Hochschulen mit mehr als 85.000 Studenten. Diese – Westdeutsche wie Ausländer – werden unter anderem durch die niedrigen Mieten angelockt.

Auch bei den Geburten setzen sich die beiden Ostmetropolen dank des Zuzugs junger Menschen vom Negativtrend der neuen Länder ab. Die Zahl der unter 5-Jährigen ist in den beiden sächsischen Zentren fast so hoch wie die der 6- bis 14-Jährigen.

Die Abstimmung mit den Füßen für das Leben in der Stadt zeigt sich aber ebenso im Westen: Hamburg und München legten im vergangenen Jahr mit einem Plus von 12.000 bzw. 23.000 Einwohnern gleichfalls stark zu. Insgesamt schrumpfte dagegen die Bevölkerung Deutschlands um 0,1 Prozent.

# Unerwünschte Nebenwirkungen

**Immobilienmarkt.** Die Finanzkrise konnte dem deutschen Wohnungsmarkt kaum etwas anhaben. Der Grund dafür ist die typisch deutsche Vorsicht bei der Finanzierung. Ausgerechnet die neuen Bankenvorschriften Basel III könnten die Stabilität des deutschen Marktes allerdings gefährden. 

Viele europäische Immobilienmärkte sind in den vergangenen zehn Jahren Achterbahn gefahren. In Spanien etwa sind die Preise von 2000 bis 2007 um fast 140 Prozent gestiegen, seitdem aber um fast ein Fünftel gesunken – und ein Ende dieses Preisverfalls ist nicht in Sicht. Noch dramatischer ist die Lage in Irland: Der Preisrallye von 90 Prozent zwischen 2000 und 2007 steht mittlerweile ein Preisverfall von knapp 40 Prozent entgegen.

Zudem haben sich viele Menschen stärker verschuldet, um ihre eigenen vier Wände zu finanzieren (Grafik Seite 5):

**Der Wert der Hypothekendarlehen in Irland, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland hat sich innerhalb weniger Jahre verdoppelt oder sogar mehr als verdreifacht.**

Bedingt durch niedrige Zinsen Anfang der 2000er Jahre und stetig steigende Immobilienpreise wurde die Kreditvergabe zunehmend laxer – mit bekannten Folgen. Ganz anders sieht es in Deutschland aus: Immobilien kosten heute noch beinahe genauso viel wie vor zehn Jahren. Und auch bei der Kreditvergabe hat sich wenig getan. Die Gründe:

- **Zinsfestschreibung.** In Deutschland dominieren festverzinsliche Wohnimmobilienkredite; variable Darlehen mit wechselnden Zinsen dienen allenfalls der Zwischenfinanzierung. In Irland und Spanien dagegen nutzen Immobilienbesitzer hauptsächlich variable Darlehen – deren Zinsen sich alle drei Monate ändern können.
- **Eigenkapital.** In Deutschland werden etwa 80 Prozent

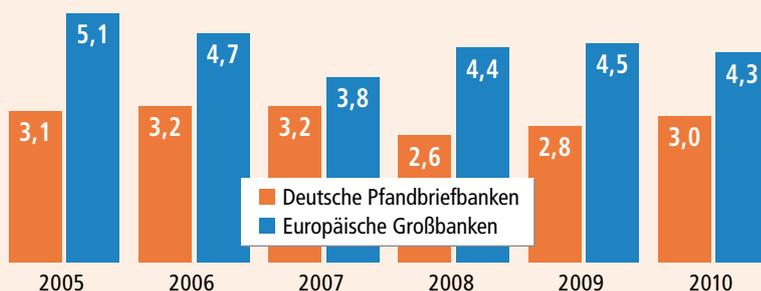
des Immobilienkaufs mit Fremdkapital finanziert, bei Haushalten mit geringeren Einkommen liegt die Quote bei 74 Prozent. Im Ausland steckt aber noch viel mehr Kapital von Dritten in der Immobilienfinanzierung. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sind nun überschuldet – und müssen letztlich ihr Häuschen oder ihre Wohnung zwangsversteigern. Das wiederum drückt die Preise. In Deutschland ist zudem der Wohnungsmarkt an sich anders: Hierzulande gibt es im Gegensatz zu Spanien oder Irland viele Mietwohnungen und die Bundesbürger können in Ruhe auf ein Eigenheim sparen.

- **Beleihungswert.** In Deutschland richtet sich die Finanzierung meist nach dem festgelegten Beleihungswert – dies ist der Wert der Immobilie, der auch in schwierigen Zeiten erzielt werden kann. Da der Beleihungswert im Zeitablauf konstant

## Eigenkapital: Bei Pfandbriefbanken niedrig

Deutsche Pfandbriefbanken haben sich auf langfristige und sichere Kreditvergaben spezialisiert. Darunter fallen beispielsweise Hypothekendarlehen. Weil diese Geschäfte risikoarm sind, haben Pfandbriefbanken im Vergleich zu anderen Großbanken niedrigere Eigenkapitalquoten als etwa europäische Großbanken. Die neuen Regeln von Basel III sehen allerdings vor, dass alle Banken künftig unabhängig vom Risikopotenzial ihres Geschäfts mindestens 3 Prozent Eigenkapital unterlegen müssen.

Risikougewichtete Eigenkapitalquote in Prozent



Ursprungsdaten: Bloomberg



bleibt, ändern sich auch die Kredit-sicherheiten und damit die Kreditver-gabemöglichkeiten nicht. Anders im Ausland: Hier ist die Kreditver-gabe an den jeweils aktuellen Markt-wert geknüpft. Der Wert der hinter-legten Sicherheiten schwankt also – und mit ihm die Kreditvergabe.

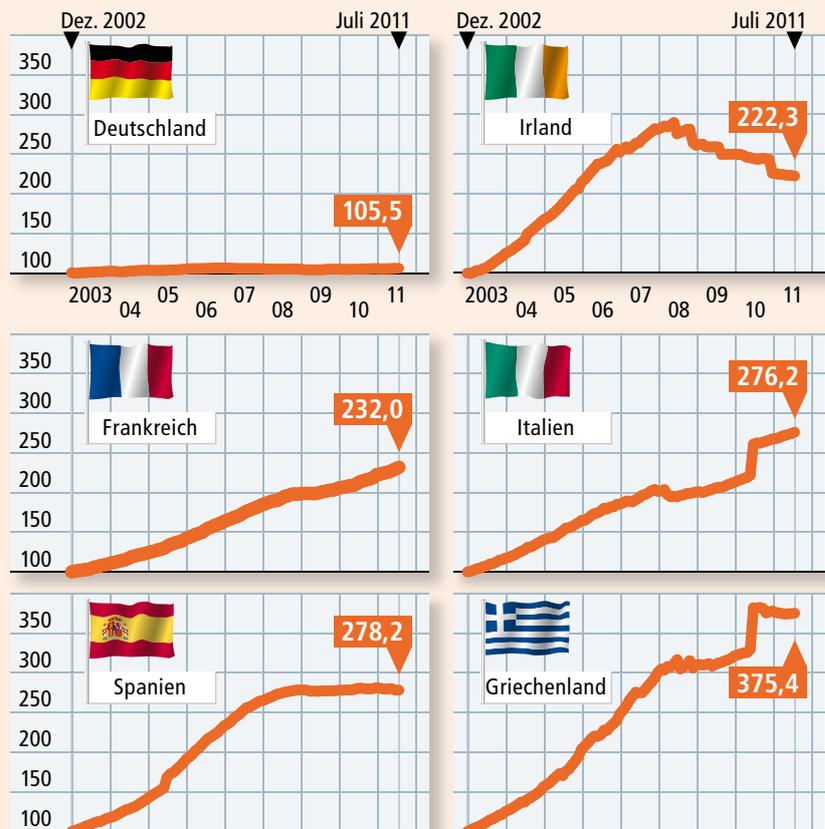
Der Basler Ausschuss für Banken-aufsicht hat daher Vorschläge aus-gearbeitet, die die Finanzierung in allen Ländern stabiler machen sol-len. Doch auf dem deutschen Markt könnte das Gegenteil eintreten.

Durch die Basel III genannten Vorschläge kann sich vor allem die Zinsstruktur ändern. Maßgeblich hierfür ist vor allem die sogenannte strukturelle Liquiditätsquote: Sie soll sicherstellen, dass die Banken langfristige Ausleihungen auch lang-fristig refinanzieren. Generell ist dies sinnvoll, denn schließlich hat die Finanzkrise gezeigt, dass Banken in Bedrängnis kommen können, wenn langfristige Kredite nur durch kurz-fristige Darlehen von anderen Ban-ken finanziert werden.

Allerdings führen die vorgese-henen Änderungen dazu, dass die Anforderungen für langfristige Dar-lehen stark steigen. Die Folge: Lang-fristige Darlehen werden teurer, va-riable Darlehen dagegen relativ ge-sehen günstiger. Dies könnte viele Darlehensnehmer und Banken dazu bewegen, mehr variable Hypothe-kendarlehen nachzufragen bzw. an-

## Immobilienfinanzierung: Solides Deutschland

Ausstehende Hypothekendarlehen, Dezember 2002 = 100



Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 45

zubieten. Wie in Irland oder Spanien würde damit das Kapitalmarktrisiko an die Kunden weitergegeben. Und das könnte die Preise auch hierzu-lande vermehrt schwanken lassen.

Problematisch ist auch die ge-plante risikounabhängige Eigenka-pitalquote von mindestens 3 Prozent. Bislang galt für Banken: je höher die Risiken bei Kreditgeschäften, desto höher auch das erforderliche Eigen-kapital. Spezialfinanzierer wie die deutschen Pfandbriefbanken haben sich allerdings auf langfristige und sichere Kreditvergaben für öffent-liche Haushalte und Immobilien spezialisiert – und halten daher im Vergleich zu europäischen Groß-banken nur geringes Eigenkapital (Grafik Seite 4). Es würde sich für die Pfandbriefbanken schlicht nicht rechnen, für ihre eher risikolosen

Geschäfte mehr Eigenkapital aufzu-bringen.

**Im Schnitt des Jahres 2010 lag die risikoungewichtete Eigenkapitalquo-te der europäischen Großbanken bei 4,3 Prozent, die der Pfandbrief-banken hingegen nur bei 3 Prozent.**

Rund 40 Prozent der Pfandbrief-banken hatten sogar eine noch nied-rigere Quote.

Würde die 3-Prozent-Quote bin-dend, müssten die Pfandbriefbanken sich entweder mit Universalbanken zusammentun oder paradoxerweise riskantere Kredite vergeben, um bei höherer Eigenkapitalunterlegung weiterhin genügend Deckungsbeiträ-ge zu erzielen. Dies ist die Krux an Basel III: Das deutsche Finanzie-rungssystem muss sich an angelsäch-sische Strukturen anpassen – besser wird es dadurch nicht.



### IW-Analysen Nr. 73

Ralph Henger, Michael Voigtländer:  
Immobilienfinanzierung nach der Finanzkrise,  
Köln 2011, 76 Seiten, 18,90 Euro.  
Versandkostenfreie Bestellung unter:

[www.iwmedien.de/Bookshop](http://www.iwmedien.de/Bookshop)

# Pragmatismus ist gefragt

**Schulstruktur.** Aller Ideologie und allen Grabenkämpfen um das vermeintlich gerechteste und beste Schulsystem zum Trotz – der demografische Wandel dürfte dazu führen, dass die meisten Bundesländer in Zukunft automatisch auf ein zweigliedriges Schulsystem zusteuern.

Um kaum ein anderes Thema wird in Deutschland seit langem so heftig gerungen wie um die Frage, ob die Gesamtschule oder das Nebeneinander von Haupt-, Realschule und Gymnasium der bessere Weg ist. Die Debatte geht jedoch an den konkreten Problemen vorbei.

**Schulstruktur.** Empirische Studien wie die PISA-Untersuchung zeigen, dass es keinen einfachen und zwingenden Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Kompetenzen der Schüler gibt. In den Naturwissenschaften etwa schneidet der PISA-Sieger Finnland mit seinen

Gesamtschulen zwar signifikant besser ab als Deutschland. Die Bundesrepublik wiederum rangiert weit vor den USA, vor Norwegen und Schweden, wo ebenfalls in Gesamtschulen unterrichtet wird.

Innerhalb Deutschlands liegen Sachsen und Bayern beim PISA-Test vorn und können mit den besten Ländern der Welt mithalten – doch während die Bayern dabei auf ein dreigliedriges Schulsystem setzen, hat Sachsen nur zwei Schulformen.

**Schulwechsel.** International gilt: Je früher die Kinder und Jugendlichen auf die verschiedenen Schul-

formen verteilt werden – zum Beispiel von der Grundschule aufs Gymnasium – und je mehr Schulformen es gibt, desto größer sind die Leistungsunterschiede der Schüler. Innerhalb Deutschlands – wo die Trennung besonders früh stattfindet und es zudem inklusive der Gesamtschule vier verschiedene Schulformen gibt – deuten die Ergebnisse in eine ähnliche Richtung.

Insbesondere beim Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen entscheiden aber auch noch andere Fakten über Erfolg oder Misserfolg eines Schülers. So beurteilen einige Lehrer bei ihren Schullempfehlungen Kinder und Jugendliche aus gehobenen Elternhäusern besser als andere Schüler – selbst wenn die Leistungen der Schüler gleich gut sind. Noch stärker wirkt es sich aus, wenn Eltern ihren Kindern selbst dann vom Gymnasium abraten, wenn diese aufgrund ihrer Leistungen fit für diese Schulform wären. Genau genommen kann sich die Bildungskarriere des Einzelnen bereits viel früher entscheiden:

**Wenn Schüler bereits bei der Einschulung bestimmte Lesekompetenzen haben, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie später ein Gymnasium besuchen.**

Teils liegt dies am Talent. Erkenntnisse aus dem Sport deuten aber auf einen anderen Aspekt hin – den Stichtag der Einschulung (Kasten Seite 7). Ältere Schüler hätten demnach per se einen Bildungsvorsprung.

Doch auch Spätentwickler können weit nach vorn kommen. Unterstützung dabei bietet das in Deutschland sehr gut ausgebaute berufliche

## Internetportal für Lehrer: „Wirtschaft und Schule“

Nach wie vor genießt die ökonomische Bildung an Deutschlands weiterführenden Schulen einen zu niedrigen Stellenwert, darin sind sich die meisten Experten einig. Damit sich das ändert, will das Internetportal „Wirtschaft und Schule“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Lehrerinnen und Lehrer dabei unterstützen, wirtschaftliche Zusammenhänge im Unterricht möglichst ansprechend zu vermitteln.

Neue Optik, neue Inhalte, neues Konzept: „Wirtschaft und Schule“ hat einen umfassenden Relaunch hinter sich. Basierend auf den Lehrplänen aller Bundesländer wurden zahlreiche Unterrichtsmaterialien erstellt, die modernen Bildungsstandards entsprechen und zum kostenlosen Download bereitstehen. Die Materialien decken die fünf großen Unterrichts-Themenfelder ab: Haushalte & Geld, Unternehmen & Markt, Staat & Wirtschaftspolitik, Globalisierung & Europa sowie Arbeitsmarkt & Berufsorientierung.

Verknüpft sind die Unterrichtsskizzen, Arbeitsblätter und Tafelbilder jeweils mit redaktionellen Beiträgen zu aktuellen wirtschaftlichen Themen. Texte, Pro- und Kontra-Standpunkte, Videos und Grafiken sind zu Themendossiers gebündelt und liefern das nötige Hintergrundwissen etwa zur Euro-Schuldenkrise oder zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Interaktive Tools, eine Datenbank mit wirtschaftsbezogenen Projekten und Exkursionszielen für Schüler sowie ein spezieller Lehrerservice mit Terminen und Publikationen zur Weiterbildung runden das Angebot ab.

Erstellt werden die Inhalte des Portals im Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Die Unterrichtsmaterialien entstehen in Zusammenarbeit mit Lehrern aus ganz Deutschland.

[www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de)

Bildungssystem, das sowohl schwächere Schüler fördert als auch stärkeren Talenten vielfältige Perspektiven bietet.

So schafften im Jahr 2009 nicht nur knapp 282.000 Schüler an allgemeinbildenden Schulen wie dem Gymnasium ihr Abitur, sondern auch fast 167.000 Schüler, die den Hochschulzugang an einer beruflichen Schule erwarben.

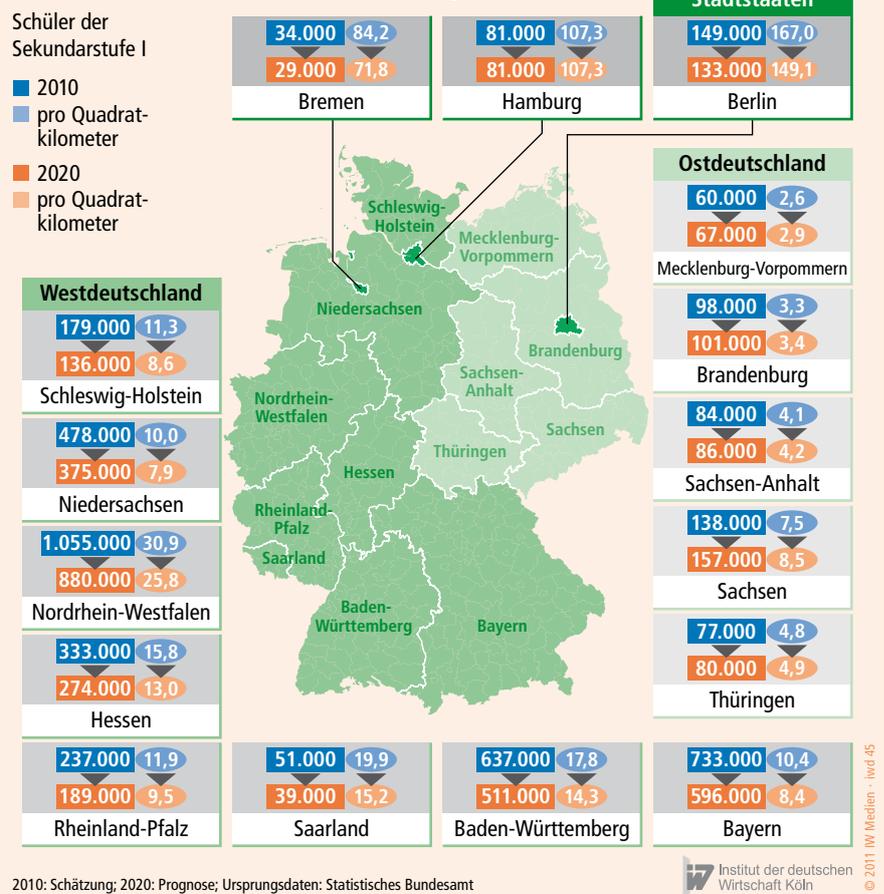
**Damit erlangte mehr als ein Drittel der Abiturienten (inklusive Fachabitur) ihren Abschluss an einer Fachoberschule, einer Berufsfachschule, einem Berufsgymnasium oder einer Berufsoberschule – Tendenz steigend.**

Ein gerechtes und effizientes Bildungssystem ist also möglich, ohne gleich das ganze System umzukrempeln. Dazu sollten Kindergärten und Grundschulen besser verzahnt und Schüler individuell gefördert werden. Große Bildungsrückstände bei der Einschulung lassen sich durch mehr und bessere Kindertagesstätten vermeiden. Und die Lehrer sollten bei ihren Übergangsempfehlungen die Eltern besser informieren und unterstützen.

In den kommenden Jahren wird der demografische Wandel ohnehin einen pragmatischen Kurs in der Schulstrukturdiskussion erzwingen. Wohin die Reise geht, verdeutlicht eine Kennziffer: die Zahl der Sekundarschüler pro Quadratkilometer.

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Schülerdichte mit der Zahl der Schulformen korrespondiert: In Kanada gibt es pro Quadratkilometer rechnerisch gerade einmal 0,1 Schüler, und auch in den USA, in Schweden, Finnland und Norwegen ist die Schülerdichte mit 0,6 bis 1,3 sehr gering – in diesen Ländern werden die Schüler in Gesamtschulen unterrichtet.

## Die Zahl der Schüler schrumpft



In den dichter besiedelten ostdeutschen Bundesländern dagegen bestehen in der Regel zwei Schulformen. Dieses Modell dürfte künftig auch in den heute noch stärker bewohnten westdeutschen Flächenländern eine größere Rolle spielen, denn dort gehen die Schülerzahlen spürbar zurück (Grafik):

**Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der westdeutschen Schüler in der Se-**

**kundarstufe I von 3,7 Millionen (2010) auf 3 Millionen sinken.**

In vielen Regionen dürfte es schwierig werden, ein breit differenziertes Schulangebot vorzuhalten. Möglicherweise eignet sich Sachsen als Vorbild, das als gesamtdeutsches Bildungsmusterland in vielen Leistungstests hervorragend abschneidet. Hier gibt es lediglich Gymnasien und Mittelschulen.

## Bildungserfolg: Der Geburtstag entscheidet mit

Kaum zu glauben, aber wahr: der sogenannte Stichtagseffekt. Demnach hängt der (Bildungs-)Erfolg entscheidend davon ab, wann jemand geboren ist. Ein Beispiel dafür liefert der Fußball. In der aktuellen deutschen Jugendnationalmannschaft U-15 sind elf Jugendliche im ersten Quartal eines Jahrgangs geboren und nur drei zwischen Oktober und Dezember – die Älteren haben also einen deutlichen Vorsprung. In den anderen Jugendnationalmannschaften ergibt sich ein ähnliches Bild.

Das Phänomen gibt es auch im Bildungssystem: Liegt das Geburtsdatum von zwei Schülergruppen knapp vor und knapp nach einem Einschulungstichtag, so haben die bei der Einschulung Älteren später eine deutlich bessere Chance, das Gymnasium zu besuchen.

# Deutsche geben wieder mehr

**Spenden.** Die großen Spendengalas im Fernsehen werden für die Wohltätigkeitsbranche immer wichtiger. Zwar zeigten sich die Deutschen 2010 spendabler als in den Vorjahren. Allerdings verliert der Dezember als traditionell wichtigster Spendenmonat zunehmend an Bedeutung.

Sei es José Carreras Spendengala oder RTLs „Wir helfen Kindern“ – um möglichst viele Spenden zu bekommen, setzen Hilfsorganisationen verstärkt auf Aktionen im Fernsehen. Und sie haben damit Erfolg:

**Im vergangenen Jahr kamen 7 Prozent der Spenden durch Galas, Beiträge und Werbung im TV zustande, 2009 waren es erst 2 Prozent.**

Doch nicht nur aufgrund der verstärkten medialen Präsenz, sondern auch dank des wirtschaftlichen Aufschwungs schnitten die Hilfsorganisationen im Jahr 2010 erfreulich gut ab: Hatte sich das Spendenvolumen in Deutschland zwischen 2006 und

## Spenden: Nicht nur zur Weihnachtszeit

in Millionen Euro ■ insgesamt ■ davon im Dezember



2009 stets relativ konstant in der Nähe der 2-Milliarden-Euro-Marke bewegt, gab es im vergangenen Jahr wieder einen kräftigen Anstieg auf knapp 2,3 Milliarden Euro (Grafik).

Vor allem die beiden großen humanitären Katastrophen – das Erdbeben in Haiti und die Überflutung in Pakistan – machten die Bundesbürger freigiebig. Allein, um Haiti zu helfen, spendeten die Menschen in Deutschland 195 Millionen Euro. Allerdings setzte sich 2010 ein anderer Trend fort:

**Hatten die Deutschen in der Vorweihnachtszeit 2004 über 600 Millionen Euro gegeben, waren es 2010 nur noch rund 400 Millionen Euro.**

Immer mehr Bundesbürger zücken nicht mehr pünktlich zum „Fest der Liebe“ ihren Geldbeutel, son-

dern dann, wenn es einen konkreten Anlass für Hilfe gibt.

Zudem gibt es wieder mehr Erstspender – im Jahr 2010 lag ihr Anteil 18 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Und der „Nachwuchs“ war deutlich jünger als die etablierten Spender: 38 Prozent waren laut GfK unter 40 Jahre alt; von denen, die bereits mehrfach gespendet haben, waren es nur 18 Prozent.

Generell haben die Hilfsorganisationen allerdings ein schwerwiegendes Problem: Knapp zwei Drittel der Bevölkerung, sagt der Deutsche Fundraising Verband, mahnen ein transparenteres Auftreten der Organisationen an. Und drei von vier Deutschen finden, dass zu viele Spendengelder für Verwaltungszwecke ausgegeben werden.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Aboservice:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Januar und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.